GRÜNE BLÄTTER

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Mitgliederzeitschrift Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg · 03.2013

BOCK AUF WAHLKAMPF

UNSER HEFT ZUR BUNDESTAGSWAHL MIT EINER DOPPELSEITE ZU JEDEM UNSERER SCHWERPUNKTE

Kerstin Andreae und Gerhard Schick geben ein Doppelinterview zur Sozialen Gerechtigkeit (Seite 2 und 3). Zum Thema Moderne Gesellschaft gibt es einen Artikel von Thekla Walker (Seite 5) und ein Porträt über Cem Özdemir (Seite 4). Auf der letzten Doppelseite geht es um die Energiewende in einem Interview mit Chris Kühn (Seite 7) und einem Artikel von Sylvia Kotting-Uhl (Seite 6).

AUSSERDEM IM HEFT: DIE SCHLÜSSELPROJEKTE, DIE DEN MITGLIEDERENTSCHEID GEWONNEN HABEN, IN TEXT UND BILD.

UND DU?

„Unsere Schlüsselprojekte werden überzeugen.“

Grüne Blätter: Kerstin, Du führst als Spitzenkandidatin die baden-württembergischen Grünen in den Wahlkampf. Was glaubst Du, mit welchen Themen lassen sich die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg begeistern?

Kerstin Andreae: Unsere Mitglieder haben in einer bundesweiten Abstimmung eine – wie ich finde – sehr gute Auswahl für unseren Bundestagswahlkampf getroffen. Unsere Schlüsselprojekte, wie zum Beispiel die Umsetzung der Energiewende, Einführung eines Mindestlohns und Kita-Ausbau werden überzeugen.

GB: Dein Wahlkreis Mannheim gilt als SPD-Hochburg, Gerhard. Wie führst Du vor Ort Wahlkampf?

Gerhard Schick: Bei uns Grünen ist zurzeit mehr Dynamik, mehr Kraft, um die Regierung Merkel abzulösen. Das gilt besonders in Mannheim, wo ich laut Umfragen bekannter bin als der SPD-Kollege. Wir bereiten gerade mit einem richtig fitten Team von Ehrenamtlichen einen sehr aktiven Wahlkampf vor. Wir setzen darauf, dass wir über unsere Mitglieder hinaus Menschen dazu motivieren, mit uns Grünen Wahlkampf zu machen.

GB: Unter dem Themenschwerpunkt „Gerechtigkeit“ haben beim Mitgliederentscheid die Schlüsselprojekte Mindestlohn, Bürgerversicherung und Schuldenbremse für Banken gewonnen. Warum glaubt Ihr, liegen diese drei Projekte unseren Mitgliedern so am Herzen?

Kerstin: Weil diese Schlüsselprojekte allesamt für mehr soziale Balance in unserem Land und für mehr Generationengerechtigkeit stehen. Bei einer Abstimmung können nicht alle gewinnen, aber die anderen Projekte sind natürlich auch wichtig und sinnvoll.

Gerhard: Ich sehe da noch einen weiteren Punkt: Gerade bei diesen dreien geht es noch stärker als bei anderen Teilen des Wahlprogramms um einen wirklichen Systemwechsel – am Arbeitsmarkt, bei der Gesundheit und auf den Finanzmärkten. Ich interpretiere das so, dass unsere Partei mutig an die Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft rangehen will.

GB: Viele reden gerne – vor allem in Wahlkampfzeiten – von Gerechtigkeit. Was ist Eure Vorstellung davon?

Gerhard: Gerade wir Grüne wissen ja, dass Gerechtigkeit viele Dimensionen hat. In Bezug auf die materielle Dimension ist für mich entscheidend, dass neben der Verwirklichung von Chancengerechtigkeit auch die Verteilungsgerechtigkeit im Blick bleibt. Ein besseres Bildungssystem ist dringend notwendig, wird aber das massive Auseinanderdriften von Einkommen und Vermögen, das wir in den vergangenen zwanzig Jahren in Deutschland beobachtet haben, nicht allein korrigieren können. Deswegen wagen wir die Auseinandersetzung um die Vermögensabgabe.

Kerstin: Gerechtigkeit bedeutet, dass alle Menschen Zugang zu Bildung und Arbeit haben müssen – unabhängig von Herkunft und Geldbeutel. Gerechtigkeit heißt für mich aber auch, dass wir nicht auf Kosten der nächsten Generationen leben dürfen. Und: Soziale Gerechtigkeit ist auch Teilhabegerechtigkeit, also die persönliche Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben.

GB: Inwiefern hat für Euch die Gerechtigkeitsfrage auch eine europäische Dimension?

Gerhard: Sie ist überhaupt nicht wegzudenken. Die Folgen von Merkels Politik sind gerade für die Jugend erschreckend. Mit einem Fonds gegen Jugendarbeitslosigkeit und einem europäischen Schuldentilgungspakt machen wir Vorschläge zur Überwindung der Krise. Entscheidend ist auch ein europäischer Steuerpakt, der dafür sorgt, dass sich große Unternehmen und Vermögende nicht mehr der Besteuerung entziehen können. Das ist für eine faire Lastenverteilung wichtig.

Kerstin: Da will ich noch ergänzen, dass Armutsvermeidung, Zugang zu Bildung und Teilhabe am Erwerbsleben für mich ganz klar europäische Themen sind. Die Gerechtigkeitsfrage hört nicht vor unserer Landesgrenze auf. Gerechtigkeit ist und bleibt eine globale Angelegenheit.

GB: Kerstin Du bist Wirtschaftspolitikerin, Gerhard Du Finanzpolitiker. Welche Projekte aus Eurem Politikbereich sind Euch besonders wichtig auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft?

Kerstin: Anders wirtschaften, also Wachstum an ökologischen und sozialen Zielen festmachen. Dadurch schaffen wir bessere und zukunftsfähige Jobs. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende habe ich auch die Bereiche Arbeit, Soziales und Gesundheit auf meiner Agenda. Und dort erleben wir aktuell sehr stark ein soziales Ungleichgewicht, die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Hier müssen wir dringend gegensteuern!

Gerhard: Notwendige Voraussetzung ist eine gerechtere Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und des Schuldenabbaus. Deswegen halte ich unsere Grünen Pläne einer Vermögensabgabe und einer Reform des Steuersystems für zentral – ergänzend gehört dazu aber auch, Steuerflucht und Steuervermeidung endlich wirksam zu bekämpfen, statt immer nur auf internationale Verhandlungen zu verweisen.

GB: Warum gehört die Regierung Merkel am 22. September abgewählt?

Gerhard: Tja, wo soll man da anfangen? Durch die vielen einzelnen falschen Entscheidungen der Regierung Merkel zieht sich ein roter Faden: Stets wurden Interessen gut organisierter Lobbygruppen mehr Beachtung geschenkt als dem, was der Mehrheit der Bevölkerung nutzen würde. Deswegen waren die letzten Jahre für die große Mehrheit im Land Jahre des Verlustes. Und deshalb gehört diese Regierung abgewählt.

Kerstin: Diese Regierung gibt keine Richtung vor, sitzt alles nur aus. 45 ergebnislose Gipfel in 45 Monaten sprechen für sich! Wir brauchen eine Politik, die handelt und erklärt. Stattdessen verteilt Merkel gerade ungedeckte Schecks, das heißt Wahlversprechen, die nicht finanziert sind.

GB: Wie lautet euer Motto für den Wahlkampf?

Kerstin: Raus und ran an die Menschen, das heißt zuhören, erklären, diskutieren, mitnehmen!

Gerhard: Das wird noch nicht verraten. Aber eines kann ich schon sagen: „Grün ist schick“ hat gut funktioniert, darauf werden wir aufbauen.

Das Interview hat unser Redaktionsmitglied Patrick Klaiber geführt.

Kerstin Andreae ist stellvertretende Vorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion. Davor war sie wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion. Mitglied des Parlaments ist sie seit 2002. Diesen September steht sie auf Platz eins der Grünen Landesliste Baden-Württemberg und ist damit unsere Spitzenkandidatin. Außerdem kandidiert sie für das Direktmandat in Freiburg.

Gerhard Schick kandidiert für die Bundestagswahl auf Platz vier der Landesliste und ist der Grüne Direktkandidat in Mannheim. Gerhard ist seit 2005 Mitglied des Bundestages und seit 2007 finanzpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion. Außerdem ist er seit 2008 im Parteirat des Bundesverbandes.

Der anatolische Schwabe

Ökologisch, liberal, bürgerlich – und mit Migrationshintergrund. Es gibt kaum einen Grünen, der das moderne Baden-Württemberg so gut verkörpert wie Cem Özdemir. Geboren wurde er 1965 in Bad Urach am Fuße der Schwäbischen Alb. Seine Eltern kamen in den 1960er Jahren als Gastarbeiter nach Deutschland, lernten sich aber erst hier kennen – er ist quasi ein Produkt des Anwerbeabkommens. Und als Kind türkischer Einwanderer lernte er eines früh: Es wird ihm nichts geschenkt. Um seine Ziele zu erreichen, muss er sich durchbeißen.

Als sein Grundschullehrer einmal fragte, wer gerne aufs Gymnasium wolle, meldete sich Cem als erster – und erntete dafür nur schallendes Gelächter. Auf dem zweiten Bildungsweg erreichte er sein Ziel trotzdem. 1994 schloss er sein Studium als Diplom-Sozialpädagoge ab, nachdem er zuvor eine Ausbildung als Erzieher absolviert hatte. Cem ist mit der aus Argentinien stammenden Journalistin Pia Maria Castro verheiratet und hat zwei Kinder. Bildungsgerechtigkeit und Aufstiegschancen gerade für Menschen aus benachteiligten Familien ist ihm daher bis heute ein Herzensanliegen. Er ist und denkt europäisch, sieht es als Verpflichtung deutscher Regierungen an, das große europäische Friedensprojekt aktiv voranzutreiben.

Mit 16 geht's zu den Grünen

Cems Tatendrang zeigte sich früh: Als Jugendlicher setzte er sich für den Erhalt einer stillgelegten Bahnstrecke ein, deren Gleise rausgerissen werden sollten – 1999 wurde die totgesagte Ermstalbahn tatsächlich wieder in Betrieb genommen. 1981 trat er den Grünen bei, von 1989 bis 1994 war er im Landesvorstand der Grünen Baden-Württemberg. 1994 wurde er als erster Abgeordneter mit türkischen Wurzeln in den Deutschen Bundestag gewählt. Trotz Wiederwahl in den Bundestag 2002 nahm er das Mandat wegen der so genannten „Bonusmeilen-Affäre" nicht an. Er ging für ein Jahr in die USA und befasste sich als Stipendiat mit den transatlantischen Beziehungen. 2004 ereilte ihn der Ruf der Grünen, für das Europäische Parlament zu kandidieren, in dem er als außenpolitischer Sprecher der Fraktion wirkte. Als das Mandat 2008 endete, gelang ihm auch die erfolgreiche Rückkehr auf die politische Bühne in Deutschland. 2008 folgte der leidenschaftliche Europäer Reinhard Bütikofer nach und wurde neben Claudia Roth zum Bundesvorsitzenden der Grünen gewählt. Die Partei honorierte seine gute Arbeit mit der Wiederwahl 2010 und 2012.

Ein wichtiges Feld seiner Arbeit ist die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Es geht ihm um verlässliche Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Unternehmen Arbeitsplätze schaffen und Wohlstand entsteht, der nachhaltig ist. Bei allen politischen Forderungen betont er jedoch stets zwei Dinge: die Menschen wollen wissen, warum etwas gemacht wird – und sie wollen wissen, wie es bezahlt werden soll. Da bleibt Cem eben seinen schwäbischen Tugenden treu.

Florian Krebs, 36, ist Mitglied der Grüne Blätter-Redaktion. Er hat Geographie in Tübingen studiert und arbeitet für die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart.

Familien in ihrer Vielfalt fördern

Auf unserem Landesausschuss im Juni haben wir noch einmal unterstrichen, dass wir Grüne die moderne Familienpartei sind und dass wir Familienpolitik im Bundestagswahlkampf zu einem zentralen Thema machen wollen. Wir Grünen denken Familie weiter und vielfältiger, für uns ist Familie dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.

Schwarz-Gelb im Bund betätigt sich dahingegen seit Jahren als Modernisierungsbremse – sei es durch das Festhalten an überkommenen Rollenbildern, die Einführung des Betreuungsgeldes, die Reformverweigerung beim Ehegattensplitting, die unzureichende Unterstützung der Länder und Kommunen beim Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur oder in der Debatte um Quotenregelungen. Der Reformbedarf ist gewaltig: Die zahlreichen Instrumente in der Familienförderung sind wenig zielgenau und mangelhaft aufeinander abgestimmt, teilweise widersprüchlich und intransparent. Der Investitionsnotstand bei der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur ist immens.

Wir Grünen wollen diesen Notstand beseitigen. Familien brauchen eine qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur und Familien brauchen eine gezielte Förderung, die sich am Kind orientiert und nicht am Rechtsstatus der Eltern. Angesichts des auf Familien lastenden Vereinbarkeitsdruckes entscheiden sich leider immer noch vor allem Frauen dafür, beruflich zurückzustecken und zu Hause zu bleiben, um die familiäre Verantwortung und Fürsorge-Arbeit allein zu übernehmen. Und es gibt nicht wenige Frauen, die sich gegen Kinder entscheiden, weil ihnen die Vereinbarkeitsfrage als nicht lösbar erscheint. Eine geschlechtergerechte Chancenverteilung ist aber eine wesentliche Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Für eine familienfreundliche Arbeitswelt

Wir werden auch deshalb das Betreuungsgeld wieder abschaffen, weil es unsinnige und falsche Anreize setzt. Die dafür verplanten zwei Milliarden Euro sind besser in der Kinderbetreuung aufgehoben: Wir werden den Bund beim Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur in die Pflicht nehmen. Für den Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung wollen wir den Ländern und Kommunen eine Milliarde Euro an Bundesmitteln zusätzlich pro Jahr zur Verfügung stellen, verbunden mit bundesweiten Mindeststandards für die Qualität der Betreuungsangebote. Familien brauchen auch gute Bildungs- und Betreuungseinrichtungen im Schulbereich. Wir halten deshalb einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulen für absolut nötig.
Das derzeitige Familienfördersystem ist ungerecht und schafft es nicht, Kinderarmut zu verhindern. Deshalb soll als erster Schritt zu einer umfassenden Kindergrundsicherung der Hartz IV-Regelsatz für Kinder neu berechnet und erhöht werden. Dafür wollen wir im Bundeshaushalt 500 Millionen Euro reservieren.

Eine entscheidende Rolle spielen nicht zuletzt auch die Verhältnisse in der Arbeitswelt. Unser Leitbild ist nicht die arbeitsmarktkonforme, wettbewerbsfähige Familie, sondern die familienfreundliche Arbeitswelt. Neben den ArbeitgeberInnen wollen wir auch den Gesetzgeber in die Pflicht nehmen und fordern eine Ergänzung des im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankerten Rechts auf Teilzeit durch ein Rückkehrrecht auf eine Vollzeittätigkeit nach Familienphasen. Wir wollen auch mehr Spielraum für Familien durch Verbesserungen beim Elterngeld, beispielsweise durch mehr Väter-Monate und eine Flexibilisierung der Elternzeit.

Thekla Walker ist seit 2011 Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg. Darüber hinaus ist sie Stadträtin der Landeshauptstadt Stuttgart. Dort ist sie seit 2009 Mitglied der Grünen Gemeinderatsfraktion.

Energiewende geht nur Grün!

„100 Prozent Erneuerbare Energien“ haben unsere Mitglieder zum wichtigsten Schlüsselprojekt für die Bundestagswahl ausgewählt. Das ist der klare Auftrag, die Regierung am 22. September abzulösen.

Bis heute begreift diese Regierung nicht, dass Atomausstieg mehr ist als ein Abschaltplan für Atomkraftwerke. Nämlich erstens: Sicherheitsanforderungen, die auch die noch laufenden AKW an den Erkenntnissen aus Fukushima messen. Zweitens: Aktives Interesse für die Risiken grenznaher AKW wie Fessenheim, denen die deutsche Bevölkerung ausgesetzt ist. Und drittens: eine Umwidmung öffentlicher Forschungsgelder: Wir wollen keinen Wiedereinstieg in atomare Großtechnologie über die Chimären Kernfusion und Transmutation. Die dafür verausgabten 600 Millionen Euro werden wir in offene Fragen der Energiewende stecken.

Es gibt viel zu tun für eine Bundesregierung, die es ernst meint mit der Energiewende: Speicher und Netze müssen in geplantem Verhältnis zueinander entwickelt und gebaut werden. Der Energiemarkt muss mit Kapazitätsmechanismen für Back-up-Kraftwerke und einem der Systematik des EEG angepassten Marktdesigns neu gestaltet werden. Die Absurdität – je billiger der Strom dank hohem Erneuerbaren-Anteil, desto höher die EEG-Umlage – muss beendet werden. Es muss Schluss sein mit den übertriebenen Privilegien für die Industrie und dafür gesorgt werden, dass kleine Stromkunden endlich Energie zu fairen Preisen bekommen.

Schwarz-Gelb will und kann Energiewende nicht

Bis zum Jahr 2020 wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien mindestens verdoppeln und bis 2030 den Strom in Deutschland vollkommen aus Wind, Sonne, Wasser und nachhaltiger Biomasse beziehen. Das geht nur zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Gerade in Baden-Württemberg geht aber vielerorts die Saat eines teuflischen Vorgängers von Winfried Kretschmann immer noch auf: Kampf gegen die Nutzung der Windkraft als vermeintliche Heimatliebe. Energieerzeugung gibt es aber nicht ohne Preis. Atomkraft bezahlen wir mit dem Risiko und dem Müll, Kohle mit der Klimazerstörung, bei den Erneuerbaren ist es der auch bei uns sichtbare Eingriff in die Landschaft. Damit schaffen Erneuerbare auch ein Stück globale Gerechtigkeit. Denn bei Kohle, Öl und Gas, vor allem aber beim Uran lagern wir diesen Eingriff aus und verteilen die Folgeschäden der Stromerzeugung weltweit.

Schwarz-Gelb sieht das alles nicht, kann Energiewende nicht und will sie auch nicht. Peter Altmaier ist der erste Umweltminister, der den Ausbau der Erneuerbaren bremsen statt fördern will. Er pflegt die Strompreislüge und unterstützt Wirtschaftsminister Rösler bei der Zerstörung vieler in den letzten zehn Jahren aufgebauter Arbeitsplätze. Zusammen stellen sie sich in Brüssel gegen Bestrebungen, den Emissionshandel mit seinen abgestürzten CO_2-Preisen wieder zu einem Instrument des Klimaschutzes zu machen.

Mut und Begeisterung für die Energiewende sehen anders aus! Deshalb muss es am 22. September heißen: keine Laufzeitverlängerung für CDU/CSU und FDP. Die Energiewende wird nur mit uns Grünen zum Erfolgsmodell!

Sylvia Kotting-Uhl ist atompolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion. Abgeordnete ist sie dort seit 2005. Auch dieses Jahr tritt sie wieder für den Bundestag an – auf Platz drei der baden-württembergischen Landesliste und als Direktkandidatin in Karlsruhe. Darüber hinaus ist sie Mitglied im Landesvorstand der Südwest-Grünen.

„Die Energiewende gelingt nur mit nachhaltiger Mobilität“

Grüne Blätter: Noch knapp zweieinhalb Monate bis zur Bundestagswahl: Wie ist die Stimmung bei Dir, wie an der Basis?

Chris Kühn: Der Wahlkampf ist natürlich eine unglaublich spannende Zeit. Ich bin voller Elan und kämpfe mit aller Kraft für einen Wechsel. Ich treffe im ganzen Land mit Kandidatinnen und Kandidaten und mit unseren Mitgliedern zusammen, die alle hoch motiviert sind. Man spürt die Lust unserer Leute daran, sich einzumischen und Politik mitzugestalten. Ich bin überzeugt davon, dass wir am 22. September ein richtig gutes Ergebnis erzielen und Schwarz-Gelb ablösen werden.

GB: Du kandidierst auf Platz 6 der grünen Landesliste und wirst das beschauliche Tübingen voraussichtlich verlassen und als Bundestagsabgeordneter nach Berlin wechseln. Welche inhaltlichen Schwerpunkte liegen Dir besonders am Herzen?

Chris: Ich möchte als Abgeordneter den Wahlkreis Tübingen und dessen Interessen im Bundestag vertreten. Ich will nicht nur in Berlin, sondern insbesondere auch in meinem Wahlkreis sehr präsent sein. Thematisch liegen mir vor allem die Themenbereiche Mobilität und Verkehr am Herzen. Denn ohne nachhaltige Mobilität ist die Energiewende nicht zu schaffen.

GB: Was verstehst Du unter nachhaltiger Mobilität?

Chris: Nachhaltige Mobilität setzt an mehreren Punkten an. Ein Stichwort ist zum Beispiel „vernetzte Mobilität“. Das heißt, dass unterschiedliche Verkehrsträger klug miteinander kombiniert werden, sodass Anschlüsse und Verbindungen funktionieren. Ein weiterer Punkt ist, dass Fahrzeuge kleiner, leichter und effizienter werden müssen – die Rede ist von weniger oder gar keinen Emissionen. Dazu zählen E-Mobilität und strenge Grenzwerte. Und natürlich müssen wir auch unsere Verhaltensmuster ändern: Müssen wir denn so viel fliegen? Und können wir nicht ab und zu aufs Auto verzichten und stattdessen aufs Fahrrad steigen?

GB: Welchem (noch) amtierenden Regierungsmitglied würdest Du am liebsten mal in einem ausführlichen Gespräch Deine Meinung sagen?

Chris: Angela Merkel. Ich würde ihr sagen, dass ich nicht verstehe, wie sie mit ihrer Krisenpolitik so leichtfertig die europäische Idee aufs Spiel setzen kann. Ihr knallhartes Spardiktat hat Europa tief gespalten. Die Kanzlerin bestimmt, wo es lang geht. Und dabei geht es Deutschland immer besser und den südeuropäischen Ländern immer schlechter. Im eigenen Land hat sie sich vor die Sparer gestellt, in Zypern wollte sie den Kleinsparern an den Geldbeutel. Bei uns gab es in der Finanzkrise ein staatliches Konjunkturprogramm – in Griechenland verschließt sie sich der Logik von Konjunkturhilfen. Mittel- und langfristig verlieren wir alle, wenn wir die Interessen einzelner Länder durchsetzen. Und wir gewinnen alle, wenn wir die gesamteuropäischen Interessen im Blick haben.

GB: Bitte vervollständige folgende Sätze:

Die drei wichtigsten Eigenschaften eines grünen Politikers sind ...
... Leidenschaft für die ökologische Frage, für soziale Gerechtigkeit und für eine moderne, weltoffene Gesellschaft.

Wenn die Grünen an die Regierung kommen, dann ...
... werden wir den Schalter umlegen und den grünen Wandel schaffen.

An der FDP mag ich ...
muss lange überlegen) ... die sozialliberale Tradition, die bei der FDP heute leider abhandengekommen ist.

Chris Kühn ist seit 2009 Landesvorsitzender der Grünen in Baden-Württemberg. Dieses Jahr kandidiert er zum ersten Mal für den Bundestag – auf Platz sechs der Landesliste und als Direktkandidat in Tübingen.

Der landesweite AK Säkulare Grüne Baden-Württemberg ...

... möchte Politik für eine Gesellschaft formulieren, in der alle, egal welcher Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft man angehört oder nicht angehört, gleichberechtigt zusammen leben können. Damit niemand aufgrund von Weltanschauung diskriminiert oder bevorzugt wird, setzen wir uns dafür ein, dass die Privilegien der großen Religionsgemeinschaften abgebaut werden. Als säkulare Grüne stellen wir die freie Entfaltung der Persönlichkeit vor die kollektiven Rechte der Religionsgemeinschaften und sehen in vielen Politikfeldern den Bedarf nach säkularer Erneuerung.

Wenn Du bei dem AK mitmachen möchtest, kannst Du die beiden Sprecher*innen Mariana Pinzón Becht und Dirk Grunert anschreiben:
sprecherinnen@bw.saekulare-gruene.de

IMPRESSUM:

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Königstraße 78 · 70176 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
Telefax 0711-99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Redaktion:
Danyal Bayaz, Julia Ebling,
Patrick Klaiber, Florian Krebs,
Christina Schindler, Heike Wagner,
Dirk Werhahn

Mitarbeit:
Julia Link, Carsten Preiss

Bildnachweis:
Seite 1: flickr.com/Cristian Santinon
Seite 2: Kleingeld: © photocase.com/no-more-lookism
Seite 3: Kinderarzt: flickr.com/proimos
Seite 3: Frankfurt: flickr.com/taytom
Seite 4: © Cem Privat
Seite 4: Panzer: flickr.com/marine_corps
Seite 5: Kindergartenkinder: flickr.com / janhoffmann/
Seite 5: Keine-Rechtsabbieger:
© photocase.com/johny-schrole
Seite 6: Solarzellen: flickr.com/norbertloev
Seite 7: Sonnenanbeterin: flickr.com/white_ribbons
Seite 7: Schweine: flickr.com/hoshiwa
Seite 8 © photcase.com/Aramister

Layout&Satz:
gerhard@fontagnier.de

Druck:
auf Umweltpapier bei Dierichs
Druck+Media GmbH & Co KG, Kassel
(Auflage 9.500 Exemplare)

Sonst noch was?

Anfang Juni konnten alle Grünen-Mitglieder darüber abstimmen, welche Projekte wir nach der Wahl als erstes anpacken sollen. Die Gewinner findet Ihr im Heft verteilt als Fotos mit dem Titel des jeweiligen Projekts. Im Grünen Wahlprogramm steht allerdings noch viel mehr. Unser Redaktionsmitglied Heike Wagner hat sich das Programm mal vorgenommen und geschaut, was außer den neun Schlüsselprojekten sonst noch vorkommt:

Wir möchten uns einsetzen für...

... mehr Lärmschutz von Anwohnerinnen und Anwohnern.

Weil die Lärmbelastung in den vergangenen Jahren immer mehr zugenommen hat, wollen wir einen umfassenderen Anspruch auf Lärmschutz schaffen und verdoppeln die Mittel für die Lärmsanierung an Straße und Schiene. Zur Bekämpfung des Fluglärms wollen wir Betriebsbeschränkungen für die gesetzliche Nacht (22 bis 6 Uhr) und Lärmobergrenzen ermöglichen.

... nachhaltige und verlässliche Geldanlagen.

Wir fordern verlässliche Gütesiegel für nachhaltige Geldanlagen sowie ökologische und ethische Standards bei der staatlich geförderten Altersvorsorge. Da bei der privaten Altersvorsorge viel zu viel Geld in den Taschen der Vermittler und Anbieter landet, brauchen wir einen verbraucherschutzpolitischen Neustart der Riesterrente und anderer Produkte der privaten Altersvorsorge.

... einen besseren Arbeitsschutz.

Viele ArbeitnehmerInnen erleben im Beruf zu starre Vorgaben, wenig Flexibilität und zu wenig Abwechslung. Andererseits sind manche Arbeitsverhältnisse heute zunehmend geprägt von hohen Flexibilitätsanforderungen, nicht planbaren Arbeitszeiten und von der Notwendigkeit ständiger Erreichbarkeit. Wir werden zusammen mit den Sozialpartnern die Anforderungen des gesetzlichen Arbeitsschutzes an die neuen psychischen Belastungen anpassen.

... das Zwei-Liter-Auto.

Die Energiewende im Verkehr verlangt von der Autoindustrie einen Technologiewandel hin zum Zwei-Liter-Auto und zur Elektromobilität mit zusätzlichem Strom aus Erneuerbaren Energien. Der wichtigste Treiber hierfür sind ehrgeizige Verbrauchswerte. Wir wollen daher innerhalb der Europäischen Union ambitionierte Verbrauchsvorgaben, die sicherstellen, dass der Elektromobilität zum Durchbruch verholfen wird.

... den Schutz der Heimat von Storch und Laubfrosch.

Weil die Lebensgrundlage vieler heimischer Pflanzen und Tiere gefährdet ist. Immer mehr Arten geht der Lebensraum verloren. Daher werden wir dafür sorgen, dass Bund und Länder endlich ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und für zehn Prozent der Flächen grenzüberschreitend vernetzte Biotopsysteme schaffen. Mit einem Bundesprogramm wollen wir in Kooperation mit den Bundesländern zehn Prozent der Wälder, die sich in öffentlichem Besitz befinden, zu Urwäldern von morgen machen.

Heike Wagner, 30, wohnt in Stuttgart und ist stellvertretende Pressesprecherin und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion Grüne im Landtag.